

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2004

III

NDZ-GmbH

<i>Günter Benser / Jürgen Hofmann</i> : Die langen Wellen der Globalisierung und die Arbeiterbewegung	4
<i>Hartmut Rüdiger Peter</i> : "Hallenser" Sozialrevolutionäre. Eine gruppenbiographische Studie über rußländische Studenten in Deutschland 1901-1905	17
<i>Avgust Lešnik</i> : Die sozialdemokratische Bewegung am Kreuzweg zwischen 1914 und 1923	31
<i>Aleksander Kan</i> : Die Skandinavische Kommission der Komintern 1919-1921	51
<i>Reiner Tosstorff</i> : Leuschner gegen Ley. Die Abfuhr für die Nazis auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1933 in Genf	70

Biographisches

<i>Gisela Notz</i> : "Ganz im Dienst für andere aufgegangen" - Clara Sahlberg (1890-1977)	91
<i>Gerhard Kaiser</i> : "Laßt nicht locker." Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II)	105
<i>Ulla Plener</i> : Karl Hauser: von der SPD zur SED/KPD – und zurück (1945-1948)	112

Erinnerungen

<i>Jürgen Stroech</i> : Otto Franke – Arbeiterfunktionär und Bibliothekar	126
<i>Arno Gräf</i> : Freunde Otto Frankes	138

Leserzuschriften

- Jörg Roesler*: Marx, Keynes und der Realsozialismus oder:
Um die reine Lehre ging es sowieso nicht 149
- Erika Sophie Schwarz*: Einige Bemerkungen zu Mario Niemanns Beitrag zu
den polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern 155

Information

- Bernd Hüttner/Bernd Vennebusch*: Fünf Jahre Archiv der sozialen Bewegungen
Bremen 157

Rezensionen

- Heinrich August Winkler (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht.
Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland (*Helmut Meier*) 160
- Herbert Borghoff: Die Bürde des Menschen ist antastbar. Ein Arbeits-
und Lesebuch über 200 Jahre Geschichte der deutschen Arbeiter-
und Gewerkschaftsbewegung.
- Dorothea Müller/Holger Menzel/Jörg Wollenberg (Hrsg.): Das Wunder
von Hörste (*Wolfgang Heyn*) 162
- Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung.
Hrsg. von Wolfgang Benz und Angelika Königseder (*Stefan Bollinger*) 163
- Eva Weissweiler: Tussy Marx (*Wolfgang Schröder*) 166
- John Conelly/Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie
und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts
(*Herbert Hörz*) 168
- Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert
(*Werner Berthold*) 170
- Elke Reuter u.a. (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928.
Die KPD am Scheideweg (*Horst Klein*) 172
- Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen
Europa 1944-1949, Hrsg.: Stefan Creuzberger, Manfred Görtemaker
(*Ernstgert Kalbe*) 174
- Peter Joachim Lapp: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller
(*Paul Heider*) 179
- Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in
Deutschland 1944-1949 (*Jörg Roesler*) 181
- Klaus von Schilling: Scheitern an der Vergangenheit. Das deutsche
Selbstverständnis zwischen Re-Education und Berliner Republik
(*Denis Heyn*) 182
- Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963.
Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, hrsg. und bearb. von Willy Albrecht.
Bd. 1; Bd. 2 (*Horst Klein*) 185

Gilbert Achcar (Hrsg.): Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus (<i>Mario Keßler</i>)	187
Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, hrsg. von Hans Ehlert und Armin Wagner (<i>Gerd Kaiser</i>)	191
Annotationen	
Harald Weber: Burgstädt. Aus alter und neuer Zeit. 1454 – 1993 (<i>Fritz Zimmermann</i>)	194
Christian Demuth: Ein schwieriger Beginn. Die frühe Arbeiterbewegung in Augsburg 1848 – 1875 (<i>Heinrich Gemkow</i>)	195
Mareike König (Hrsg.): Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert (<i>Wolfgang Büttner</i>)	196
Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich.	
Guido Gerstgarbe: Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 (<i>Gerd Fesser</i>)	197
Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte (<i>Irene Dölling</i>)	198
Daniela Rüter: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler (<i>Jörg Roesler</i>)	199
Jürgen Elvert / Friederike Krüger (Hrsg.): Deutschland 1949-1989 (<i>Günter Benser</i>)	200
Helmut Bock: Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 (<i>Georgi Z. Maier</i>)	201
NachSatz	204
Autorenverzeichnis	205
Jahresinhaltsverzeichnis 2004	206
Impressum	212

Die sozialdemokratische Bewegung am Kreuzweg zwischen 1914 und 1923

Av gust Lešnik

Komplexe, spezifische Entwicklungen in der internationalen Arbeiterbewegung während der Jahre zwischen 1914 und 1923 liefern den Schlüssel für das Verständnis der tiefgreifenden politischen Veränderungen in Osteuropa, die vom Fall der Berliner Mauer angestoßen wurden – 200 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille. Und das um so mehr, da man schließlich eine Antwort auf die grundlegende Frage wird geben müssen: Wie ist es möglich, daß eine Bewegung, die sich in der besonderen Situation des Ersten Weltkrieges spaltete und – objektiv gesagt – schon 1923 untergegangen war, bis zum heutigen Tag auf der historischen Bühne blieb?

Problemstellung

Der vorliegende Beitrag richtet sich auf eine Frage: sozialdemokratische Reform oder kommunistische Revolution? Auf dieses historische Dilemma, das erstmalig vor einem Jahrhundert von „marxistischen“ Theoretikern aufgeworfen und diskutiert wurde, gibt es bis heute keine solide theoretische oder praktische Antwort. Ursprünglich nur eine theoretische Frage, gewann das Dilemma „Revolution oder Reform“ nach der Oktoberrevolution und dem Ersten Weltkrieg, als Sozialdemokraten mit bürgerlichen Regierungen Koalitionen eingingen, praktische und politische Dimensionen. Bisher waren Diskussionen über diesen Gegenstand durch seinen praktischen Aspekt beeinflußt, der für verschiedene politische Interessen benutzt wurde. Reform und Revolution werden von manchen Autoren - selbst wenn das unter dem Deckmantel von Metaphysik oder Dialektik geschieht - als zwei isolierte und einander ausschließende Kategorien behandelt und nicht als zwei untrennbare Pole der sozialen Realität. Solch ein Herangehen enthüllt das Nichtverstehen von „sozialer Revolution“, wenn sie auf das Konzept von politischer Revolution oder bloßer Übernahme der politischen Macht reduziert wird. Diskussionen, besonders in den politischen Wissenschaften, sind oft einseitig, weil sie sich dem Problem vom ideologischen Standpunkt her nähern und dabei die historische Analyse des sozialen Umfeldes ignorieren, auf dem sich die miteinander verwobenen revolutionären und reformistischen Prozesse entfaltet haben. G. Gurvitch weist darauf hin, daß Historiker oft nach Erklärungen durch die Soziologie fragen, was falsch sei. Natürlicher wäre, wenn die Soziologen Erklärungen in der Historie suchten. Viele Diskussionen reflektieren außerdem politischen Pragmatismus und unannehmbare Verallgemeinerungen, und sie interpretieren vergangene Ereignisse von heute erreichten Standpunkten aus. (Die damaligen Theoretiker haben schließlich nur die Fragen ihrer

Zeit beantwortet!) Und schließlich beziehen viele Autoren das Dilemma „Revolution oder Reform“ auf die Oktoberrevolution, als ob es dieser entsprungen wäre. Begründete Zweifel an der Authentizität derartiger Interpretationen, die gewöhnlich in der Oktoberrevolution und der Intoleranz der Bolschewiki die Ursachen für die Spaltung der internationalen sozialistischen Bewegung sehen, haben mich dazu veranlaßt, das Problem durch ein breiteres Prisma geschichtswissenschaftlicher Analyse zu untersuchen. Das historische Herangehen wird schon durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, die scheinbar formale Frage zu beantworten: Warum ist die Geschichte der Sozialdemokratie in die Perioden vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg geteilt? Ist das nur Sache einer historischen Standardklassifikation, oder könnte es sein, daß diese „Unterperioden“ etwas Neues, Anderes und sogar Widersprüchliches in bezug auf die vorausgehenden Perioden darstellen? Die meisten Autoren stellen diese Frage nicht einmal und gelangen damit bewußt oder unbewußt zu verschiedenen Fehlinterpretationen. Aus diesem Grund wird die sozialdemokratische Bewegung als reformistisch und damit als der revolutionären (bolschewistischen) Bewegung entgegenstehend bezeichnet. Hierbei handelt es sich auch um eine unangemessene Verwendung des Begriffes Sozialdemokratie, der seinen gegenwärtigen Inhalt und seine heutige Bedeutung erst am Ende des Ersten Weltkrieges erlangte. Davor wurde dieser Begriff normalerweise als allgemeine Bezeichnung von revolutionären Arbeiterparteien verwandt, besonders jenen, die den Marxismus als ihre grundlegende Weltanschauung angenommen hatten. Es ist dieser Mangel an chronologischer Unterscheidung zwischen den zwei Aspekten eines Phänomens, der sich gewöhnlich hinter verzerrten und Schwarz-Weiß-Diskussionen über sozialdemokratische „Demokratie“ und kommunistische „Diktatur“ verbirgt. Diese These wird durch die gegensätzlichen (alternativen) Ansichten über die Zukunft der Arbeiterbewegung auf nationaler und internationaler Ebene und die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen bestätigt. Einige dieser Spekulationen, die vor dem Ersten Weltkrieg in der sozialdemokratischen Bewegung entstanden waren, bekamen unter den neuen, vom Krieg hervorgebrachten Umständen größere Plausibilität. Man kann daher ein objektiveres und ausgewogeneres Bild des Risses in der sozialdemokratischen Bewegung am Ende des Ersten Weltkrieges, der im Ergebnis zu zwei unversöhnlichen Bewegungen führte, der kommunistischen und der sozialdemokratischen, nur erhalten, wenn man die Vorkriegsentwicklung der Sozialdemokratie in Betracht zieht.

Die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg

Das Hauptziel dieses Aufsatzes besteht, wie schon erwähnt, darin zu ermitteln, ob die Festlegung auf Revolution oder Reform, die sofort nach der Oktoberrevolution in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung hervorgetreten war, die direkte Ursache oder bloß ein Motiv für die anschließende Spaltung in das kommunistische und das sozialdemokratische Lager war. Historische Analysen über die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg haben gezeigt, daß die organisierte Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen allgemein auf eine künftige weltweite soziale Revolution orientiert war. Diese

Orientierung findet man in den Statuten der Ersten Internationale: „[...] daß die Emanzipation der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht“¹. Während alle in der Bewegung über das Endziel einig waren, war das hinsichtlich der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, nicht der Fall. Aus den fortgesetzten ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den marxistischen, proudhonistischen, bakunistischen und blanquistischen Fraktionen, durch die die heterogene internationale Arbeiterbewegung erschüttert wurde, ging schließlich der marxistische Sozialismus als die vorherrschende Ideologie hervor. Jedoch existierte in den 1870er Jahren der Marxismus, wie wir ihn heute verstehen, noch nicht.² Marx hat ganz sicher nicht die späteren Kontroversen zwischen „den Reformisten“ und „den Revolutionären“, d.h. zwischen den Rechten und den Linken in der marxistischen Bewegung vorausgesehen. Es hat ihn nicht besonders interessiert, ob Arbeiterparteien reformistisch oder revolutionär waren, auch nicht die Definition dieser Begriffe. Für ihn bestand das reale Problem darin, wie man die vielfältigen Manifestationen der Unreife überwinden kann, durch die die Entwicklung der proletarischen Bewegungen behindert wurde. Diese Unreife hielt sie unter dem Einfluß eines demokratischen Radikalismus oder ließ sie verschiedenen Utopien anhängen, wie der Sozialismus erreicht werden sollte. Vor allem aber schwächte sie die Einheit des ökonomischen und politischen Kampfes.³

Die 1880er Jahre sahen die allmähliche Formierung großer Arbeiterparteien, in denen sich der Marxismus, wie er von der deutschen sozialdemokratischen Partei im Erfurter Programm von 1891 definiert wurde, allmählich durchsetzte. Dies und die revolutionäre „marxistische“ Bewegung in unterentwickelten Agrarländern Ost- und Südeuropas führten schließlich zur Geburt der Zweiten Internationale, und sie kennzeichneten sie. Ihre Orientierung auf legale und verfassungsmäßige Politik und auf den Kampf für die Erweiterung des Wahlrechts - das nach 1890 weitgehend universell wurde - stärkte die Popularität und die Mitgliedschaft der Bewegung. Die Perspektive einer Revolution im traditionellen Sinne jedoch ging aufgrund der veränderten Bedingungen stark zurück. Die Probleme, die sich aus diesen Veränderungen ergaben, führten unter den Sozialisten der Zweiten Internationale zu Debatten und Meinungsverschiedenheiten. Während der Vorbereitungen auf den zweiten Kongreß (1891 in Brüssel) waren sich die Sozialisten nicht einig: Viele setzten sich noch immer für ein Modell gemäß dem Statut der I. Internationale ein. Engels widersetzte sich einem solchen Mechanismus. Er war der Überzeugung, daß durch das Wirken von starken und massenhaften selbständigen sozialistischen Parteien eine einheitliche Steuerung der internationalen Bewegung, vor allem die Erneuerung der zentralistischen Rolle des Generalrats, unmöglich ist. Vielmehr sollte die bilaterale Zusam-

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (im folgenden: MEW), Bd. 16, S.520.

2 Siehe Hans-Josef Steinberg: Stranka in nastanek marksistišne ortodoksije, in: Zgodovina marksizma, Bd. II, Ljubljana 1986, S.169.

3 Siehe Eric Hobsbawm: Politični vidiki prehoda iz kapitalizma v socializem, in: Zgodovina marksizma, Bd. I, Ljubljana 1984, S.247.

menarbeit der Parteien im Mittelpunkt stehen.⁴ „Die lose Verbindung, der freiwillige Zusammenhalt, der durch Kongresse unterstützt wird, er ist hinreichend, um uns den Sieg zu verschaffen“.⁵ Die Arbeiter sollten sich in den einzelnen Ländern organisieren. In einer Resolution, die von der Internationale 1893 angenommen wurde, wurde betont, daß sozialdemokratische Parteien in allen Ländern den ersten Teil ihrer Programme gleichartig formulieren sollten, indem sie die Notwendigkeit ökonomischer Insurrektionen zum Ausdruck bringen. Der zweite Teil, der die Mittel betraf, dieses Ziel zu erreichen, könne dagegen der ökonomischen und politischen Situation in jedem Land angepaßt werden. Die Mitglieder der Zweiten Internationale waren, anders als die der Ersten, unabhängig voneinander in Einheiten organisiert, die in erster Linie dadurch Kontakt hielten, daß sie an den periodischen internationalen Kongressen teilnahmen. Ihre höchste Autorität war der Kongreß, während ihre gemeinsame Körperschaft, das Internationale Sozialistische Büro (ISB), nur die Rolle eines Informationszentrums spielte. Die Formierung millionenstarker Arbeiterparteien war nur in kapitalistischen Ländern mit einer entwickelten sozialökonomischen Struktur und einer reichen demokratischen Tradition angebracht und realisierbar. Sie war überhaupt nicht möglich in Ländern wie Rußland, wo politische Freiheiten durch die Verfassung nicht garantiert waren. Es ist daher nicht überraschend, daß das Organisationsmodell, das durch die Komintern in der Folge von der Ersten und nicht von der Zweiten Internationale übernommen wurde, sozialdemokratische Parteien in Westeuropa nicht zufriedenstellen konnte.⁶

Die „Krise des Marxismus“⁷ im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erschütterte die marxistischen Grundlagen der Internationale, die sich die Reorganisation der bestehenden sozialen Ordnung als Endziel gesetzt hatte und die die Revolution als „die Hebamme der Geschichte“ bezeichnete. Die Arbeiterbewegung, durch ihre politischen Erfolge mittels der bürgerlichen Institutionen in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ermutigt, begann sich auf unmittelbare Ziele zu konzentrieren und eröffnete die Diskussion über „marxistische Dogmen“. Die Krise der Theorie gebar das Dilemma von „Revolution“ und „Reform“, wobei diese als antagonistische Gegensätze dargestellt wurden. Im Jahre 1899 äußerte Bernstein, ein Befürworter universeller Demokratie und Gegner des „Blanquismus“, die Meinung, daß der einzig logische Weg zum Sozialismus über die Errichtung der Demokratie und

4 Siehe MEW, Bd. 22, S.408-409.

5 Ebenda, S.409.

6 Siehe Avgust Lešnik: Die Orthodoxie der Zweiten Internationale, in: Theodor Bergmann (Hrsg.): Zwischen Utopie und Kritik. Friedrich Engels – ein „Klassiker“ nach 100 Jahren, Hamburg 1996, S.201-213.

7 Der ursprüngliche Begriff, der von Masaryk 1898 verwendet wurde, lautete „Krise innerhalb des Marxismus“ (siehe T. G. Masaryk: Die philosophischen und sociologischen Grundlagen des Marxismus, Wien 1899, S.586-592). Er wurde während der Revisionismuskussion gewandelt zu „Krise des Marxismus“, was Labriola sofort festhielt. Siehe Antonio Labriola: O krizi marksizma, in: Izbrana dela, Ljubljana 1977, S.295-296.

nicht von der Diktatur der Bourgeoisie zu der des Proletariats führe. Der Prozeß des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft müsse schrittweise und mit demokratischen Mitteln erfolgen.⁸ Diese neue Orientierung setzte sich in der sozialdemokratischen Bewegung erst nach dem Ersten Weltkrieg durch. Rosa Luxemburg, die diese (revisionistische) Orientierung ablehnte, warnte, daß diese Theorie in Wahrheit den Sozialdemokraten empfahl, die soziale Revolution als Endziel ihres Klassenkampfes aufzugeben und durch die soziale Reform zu ersetzen. Als Unsinn wies sie auch Bernsteins scharfe Entgegensetzung von Revolution und Reform zurück: „Die Gesetzgebung und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts [...] Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft. [...] Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt thatsächlich nicht einen ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“⁹ Rosa Luxemburgs Schlußfolgerung war sehr klar: Das Dilemma Revolution oder Reform wurde von jenen aufgemacht, die nicht verstanden, daß sie dialektisch verbunden und nicht zu trennen waren.

Solche theoretischen Grübeleien wurden durch die Revolution 1905 bis 1907 in Rußland vertieft. Sie warf eine Reihe neuer und konkreter Fragen auf, die einen erneuten Vergleich zwischen den historischen und strukturellen Merkmalen Rußlands und Westeuropas erforderten. Verständnis für die Mechanismen der russischen Revolution sowie der Revolutionen von 1789 bis 1793 und 1848 in Westeuropa hätte der Sozialdemokratie eine solide theoretische Basis für ihre politische Strategie gegenüber anderen sozial-politischen Verfassungsreformen, die der Zarismus gewähren mußte, bieten können. Sie mußte ihre eigene Rolle definieren und klären, ob sie noch in der Lage war, die auf dem Zweiten Kongreß der SDAPR 1903 provozierte innere Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki zu verhindern, oder ob diese schon ein *fait accompli* darstellte. Letzteres war der Fall. Die Revolution von 1905 deckte in der Tat eine tiefe und unversöhnliche Spaltung zwischen den beiden Fraktionen in der Sozialdemokratischen Partei Rußlands auf. In dieser Hinsicht war das Jahr 1905 eine „Generalprobe“ für 1917.

Die russischen Sozialdemokraten waren in der Tat die ersten, die vor den praktischen Fragen der proletarischen Führung in einer demokratischen Revolution und der Haltung der Arbeiterklasse gegenüber dem Kleinbürgertum und insbesondere der

8 Siehe den Abschnitt: Demokratie und Sozialismus, in: Ed[uard] Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S.118-140.

9 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1899, S.50.

Bauernschaft standen. Die SDAPR konnte die Erfahrungen der europäischen Arbeiterparteien nicht mechanisch auf das zaristische Rußland übertragen, denn diese operierten in einem Umfeld, in dem sich der Kapitalismus relativ friedlich entwickelte und die Freiheiten der bürgerlichen Demokratie existierten. Die Menschewiki, die auf einer politischen Übereinkunft mit der liberalen Bourgeoisie bestanden, waren gegen die Idee der revolutionären Übernahme der politischen Macht und erhoben die russische Duma zum nationalen Zentrum. Die Bolschewiki behaupteten ebenfalls, sie wären nicht gegen den Kampf mit parlamentarischen Mitteln und würden solchen Mitteln auch zustimmen, doch müsse der blinde Glauben an den parlamentarischen Kampf als Hauptform entlarvt werden. In einer wirklichen Revolution würden die proletarischen Massen nicht verfassungsmäßige oder legale Mittel, sondern direktere Formen anwenden.

Keines der von den zwei Fraktionen vorgesehenen Modelle hatte Erfolg, die Revolution 1905 bis 1907 wurde besiegt. Dennoch, die damaligen Diskussionen der russischen Sozialdemokraten stellten in bestechender Weise zwei Strategien vor, deren jede eine andere Mentalität darbot, womit Rosa Luxemburgs Artikel über soziale Reform und Revolution bekräftigt wurde. Die Strategie der Bolschewiki schien zehn Jahre später die siegreiche zu sein. Aber das raubte der unterlegenen Seite nicht die Achtung und Bedeutung.¹⁰

Die wachsenden imperialistischen Konflikte im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg stellten die Internationale vor die knifflige Aufgabe, eine klare Haltung zum Krieg zu bestimmen. Das war nicht nur ein theoretisches Problem, sondern erforderte für den Fall eines weltweiten bewaffneten Konflikts eine spezifische Strategie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Es war darüber hinaus ein praktischer Test der Prinzipien des Internationalismus.¹¹ Die auf dem Kongreß in Basel 1912 einstimmig angenommene Resolution ließ keinen Raum für Zweideutigkeit: Der Krieg sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Sollte er dennoch ausbrechen, würde er dazu genutzt werden, die soziale Revolution zu beschleunigen.¹² Die Sozialisten, die in Basel die gesamte Verantwortung für den künftigen Krieg dem Imperialismus zugeordnet hatten, mußten ihre Diskussion ausweiten und ihre Position hinsichtlich der durch die imperialistische Ära eröffneten Perspektiven neu bedenken. Aus dieser

10 Siehe Vittorio Strada: Polemika med boljševiki in menjševiki o revoluciji 1905, in: Zgodovina marksizma, Bd. II, S.384-385.

11 Siehe Marjan Britovšek: Stanovi Druge internacionale prema ratu i kolonijalnom pitanju, Beograd 1965; Hans-Josef Steinberg: Die Stellung der II. Internationale zu Krieg und Frieden, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 8, Trier 1972; Die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Imperialismus zwischen den Kongressen in Stuttgart und in Basel (1907-1912), Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, ITH, Bd. 6/VIII, Linzer Konferenz: Linz, 12. bis 16. September 1972, Wien 1974.

12 Siehe Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 23. Jean Jaurès führte aus: „Die Regierungen sollen wissen, daß (im Kriegsfall) die Bürger sehr leicht ausrechnen würden, daß ihre eigene Revolution sie weniger Opfer kosten würde als ein Krieg gegen andere Länder“. Jean Jaurès: Kongresi Druge internacionale, Bd. II, Beograd 1956, S.505.

Diskussion gingen drei Lager hervor, die jedoch nicht die traditionelle Teilung in Revisionisten, Orthodoxe und Revolutionäre widerspiegelte.¹³ Die Fraktionen, die auf der äußersten Rechten der sozialdemokratischen Parteien auftauchten, bekannten sich zu nationalistischen Werten und den expansionistischen Tendenzen der herrschenden Klasse. Ihre Anhänger hatten seit langem den Glauben an eine Revolution aufgegeben oder - in Wirklichkeit - den Glauben an den Frieden. (Wer eine marxistische Bildung erhalten hatte, mußte mit dem Gedanken vertraut sein, daß ökonomische Notwendigkeiten sich gegenüber einem verträumten Humanismus durchsetzen.) Sie akzeptierten im allgemeinen die Kolonialpolitik als notwendiges Mittel für das Überleben der Nation und deren Arbeiterklasse und waren sogar bereit, einen bewaffneten Konflikt zu tolerieren, wenn dieser dem Land eine solche Möglichkeit bot.¹⁴ Angesichts dessen stimmten sie unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung für die Kriegskredite. Auch die Linken waren der Auffassung, daß imperialistische Konflikte zum Krieg führen, aber sie sahen darin - anders als die Rechten - eine Gelegenheit für die Revolution. Rosa Luxemburg meinte, daß die Kolonisierung rückständiger Gesellschaften für den Imperialismus von vitalem Interesse und der Militarismus seine unerläßliche treibende Kraft sei. Ein Krieg zwischen imperialistischen Ländern sei daher unvermeidlich, aus dem jedoch die Revolution hervorgehen werde. Daher sei der Pazifismus der Zentristen eine Täuschung. Das Proletariat müsse sich mit politischem Massenkampf auf die Revolution vorbereiten und insbesondere gegen den Militarismus als dem wichtigsten Bindeglied des Imperialismus kämpfen.¹⁵ Diese Position wurde jedoch nur von einer kleinen Minderheit der Internationale eingenommen, während deren angesehenste Vertreter - die orthodoxen Marxisten - bis 1914 auf den Sieg des Friedens vertrauten. Sie stützten sich auf jüngste Analysen von Kautsky und Hilferding und glaubten an den sogenannten Ultraimperialismus, der mittels ausreichenden Kapitals eine konfliktfreie Ausbeutung und in der Folge eine Art Solidarität herbeiführen werde. Nach dieser Theorie war Krieg unmöglich, man konnte sich dem inneren Militarismus zuwenden und der Propaganda den Vorrang geben. Eine solche Ansicht dämpfte nicht nur die Angst vor einem Krieg, sondern auch die Forderung nach revolutionärem Kampf. Als am 25. Juli 1914 Österreich gegenüber Serbien sein Ultimatum erklärte, legte sich die Kriegsgefahr über Europa. Die Atmosphäre auf der letzten und äußerst verhängnisvollen Konferenz der Zweiten Internationale in Brüssel vom 29. bis 30. Juli¹⁶ war optimistisch; die Delegierten hielten einen plötzlichen Kriegsausbruch für unmöglich. Die Frage, wie sich die sozialistischen Parteien im Falle eines allgemeinen

13 Siehe Madeleine Reberieux: *Razprava o vojni*, in: *Zgodovina marksizma*, Bd. II, S.781.

14 Siehe Antonio Labriola: *Scritti politici*, Bari 1970.

15 Solche Thesen Rosa Luxemburgs riefen scharfe Kontroversen hervor. Sie erwiderte darauf in ihrem 1915 im Gefängnis geschriebenen Werk: *Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben*. Eine Antikritik, Leipzig 1921.

16 Siehe Georges Haupt: *Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Protokoll der Sitzung des I.S.B vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel, Wien 1967.

Konfliktes verhalten sollten, wurde nicht einmal in Betracht gezogen. Das gesamte Aktionsprogramm der Internationale orientierte auf den bevorstehenden internationalen Kongreß, der am 9. August in Paris stattfinden sollte. Zu ihm kam es nicht mehr. Künftig mußten die nationalen Sektionen einzeln agieren, ohne eine gemeinsame und koordinierte Strategie, dem Willen und den Ideen ihrer nationalen Führer überlassen.

Als der Erste Weltkrieg begann, brach die Zweite Internationale formal und ideologisch zusammen. Die Kontakte zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Parteien wurden unterbrochen, Tagungen des Internationalen Büros und internationale Konferenzen konnten nicht mehr einberufen werden, zusätzlich kam es zu internen ideologischen Spaltungen. Obwohl die Mitgliederzahlen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in die Millionen gingen, erwuchs den Sozialdemokraten daraus in keinem Land genügend Einfluß, den bewaffneten Konflikt zu verhindern. So war es keine Überraschung, daß die sozialdemokratischen Parteien fast aller am Krieg beteiligten Länder zur Verteidigung ihrer kapitalistischen Staaten aufriefen, auf den Klassenkampf verzichteten und einen Burgfrieden akzeptierten. Darüber hinaus kooperierten die Führungen der sozialdemokratischen Parteien moralisch und politisch mit der herrschenden Klasse, sie unterstützten den Krieg und die imperialistischen Interessen ihrer bürgerlichen Regierungen. Die internationale proletarische Solidarität wurde durch chauvinistische Ideologie ersetzt. Die sozialdemokratischen Parteien begegneten einander auf der Basis bürgerlich-imperialistischer Interessen und nicht der Interessen der internationalen Arbeiterbewegung. Das ISB stellte seine Aktivität ein und trat während des Krieges nicht zusammen. Rosa Luxemburg bemerkte voller Ironie, daß die universelle Losung des Kommunistischen Manifestes pervertiert worden war: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!“¹⁷

Die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

Bis zu ihrer Niederlage und ihrem Zusammenbruch im Jahre 1914 wurde die Internationale von ihren drei Fraktionen - der Rechten, dem Zentrum und der Linken - als internationales Forum angesehen, dessen Rolle darin bestand, sich mit allgemeinen Problemen der Arbeiterbewegung in Europa zu befassen. Trotz Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen in bezug auf die Strategie, besonders zwischen den radikalen Marxisten und den Revisionisten, hatten weder Lenin noch andere Vertreter der marxistischen Linken je von der Notwendigkeit gesprochen, die Internationale durch eine angemessenere Organisation zu ersetzen. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges jedoch, nachdem die Internationale versagt und ihre vitale Funktion nicht erfüllt hatte, geriet sie in die ernste Kritik der Linken. In den sozialdemokratischen Parteien Europas setzte ein Prozeß tiefer politischer Differen-

17 Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.25.

zierung ein, besonders zwischen der reformistischen Mehrheit und der linken marxistischen Minderheit. Linke Fraktionen, voller Wut über die Kapitulation ihrer Führungen, die die internationale Solidarität zugunsten der Kriegspolitik ihrer Regierungen verraten hatten, organisierten Aktionen der Opposition, die Unterstützung durch die Februar- und die Oktoberrevolution 1917 in Rußland erhielten. Die Rechten - auch Sozialchauvinisten genannt -, zu denen die Führungen der meisten sozialdemokratischen Parteien gehörten, machten gemeinsame Sache mit ihrer jeweiligen Bourgeoisie und gaben alle politischen Prinzipien einer unabhängigen Politik der Arbeiterklasse auf. Das Zentrum - die Sozialpazifisten - verurteilte die Politik ihrer Führungen und verließ verschiedentlich sogar die Parteien, ohne jedoch eigene revolutionäre Aktivitäten zu organisieren. Auf einer internationalen Konferenz der Sozialisten während des Krieges wurden verschiedene Auffassungen und Haltungen über den Charakter des Krieges, die Möglichkeiten seiner Nutzung für eine weltweite proletarische Revolution und die künftige internationale Organisation des Proletariats zum Ausdruck gebracht. Dieser Prozeß der ideologischen Differenzierung spaltete, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene, die Arbeiterbewegung schließlich in die Linke, die Rechte und das Zentrum und - nach dem Krieg - in Kommunisten und Sozialisten.¹⁸

Man muß bezüglich dieser Differenzierung herausstellen, daß die Bolschewiki bis 1914 betonten, sie wollten nicht „ihren eigenen Weg zum Sozialismus gehen“. Sie stimmten einem allgemeingültigen Modell der sozialdemokratischen Parteien für alle Länder, außer für Rußland, zu. Nach der Auflösung der Zweiten Internationale am Beginn des Krieges und besonders nach dem 4. August 1914¹⁹, als die deutschen Sozialdemokraten ihre Unterstützung für den Krieg erklärten, konzipierte Lenin einen neuen Typ einer internationalen Partei nach dem Modell der Partei der Bolschewiki. Seine politischen Aktivitäten im Exil von 1914 bis 1917 waren auf die Formierung eines neuen ideologischen und organisatorischen Kerns innerhalb der russischen und europäischen Sozialdemokraten und Internationalisten gerichtet. Sie betrafen drei fundamentale Ideen: den Krieg, die Internationale und die Revolution. In Lenins Kopf bestand die Idee einer neuen, revolutionären Internationale bis zu ihrer Realisierung. Er trug sie im Oktober 1914 vor, stellte bei dieser Gelegenheit den Tod der Internationale fest und rief aus: „Es lebe die vom Opportunismus befreite proletarische Internationale!“²⁰ Lenins Kritik und seine Analyse über die Auflösung der Internationale wurden von einer Reihe europäischer Linker unterstützt. Zu ihnen gehörten K. Liebknecht, F.

18 Siehe Marjan Britovšek: *Revolucionarni idejni preobrat med prvo svetovno vojno*, Ljubljana 1969; Agnes Blänsdorf: *Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914-1917*, Stuttgart 1979; David Kirby: *War, Peace and Revolution, International Socialism at the Crossroads*, Aldershot 1986.

19 Siehe Jürgen Rojahn: *Der 4. August 1914 - Ergebnis der „Nationalisierung der Massen“?*, in: Avgust Lešnik (Hrsg.): *The Crisis of Social Ideas, A festschrift for Marjan Britovšek. An International Edition of Historical and Sociological Studies*, Ljubljana 1996, S.139-159.

20 W.I. Lenin: *Werke*, Bd. 21, S.21.

Mehring, R. Luxemburg, C. Zetkin, A. Pannekoek und H. Gorter sowie auch L. Trotzki. Rosa Luxemburg war zweifellos die scharfsinnigste von ihnen. In ihrem Artikel über den Wiederaufbau der Internationale stellte sie den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und mit ihm der Internationale dar, verurteilte die Versuche, den Krieg zu rechtfertigen, und kritisierte Kautskys These, der Klassenkampf höre in Kriegszeiten auf.²¹ Sie forderte die Marxisten in der Sozialdemokratie auf, mehr als bloße Beobachter und Interpreten der Realität zu sein; die sozialistische Bewegung sollte Geschichte nicht nur verstehen, sondern auch machen.²² In ihrem Artikel zeigte Rosa Luxemburg die historische Alternative von Imperialismus und Sozialismus auf, forderte eine ernste Selbstkritik des Proletariat betreffend und definierte zudem einige grundlegende Gedanken, die sie 1916 in ihrem Werk „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre) weiterentwickelte. Zwar kritisierten die genannten prominenten Vertreter der Linken den Verrat der „Sozialchauvinisten“ scharf, aber keiner forderte so kategorisch wie Lenin die Formierung einer neuen Organisation, denn man rechnete immer noch mit der Wiederherstellung der alten Internationale. Ihre Forderung nach Wiederherstellung der Internationale war nicht auf einem breiten, geschlossenen Konzept begründet. Dennoch waren sie die bedeutendsten Protagonisten der Antikriegsagitation und der Formierung der linken Plattform. Sie versammelten - wenn auch zahlenmäßig kleine - Gruppen um sich, die in ihren jeweiligen Ländern zu Zentren der revolutionären Bewegung wurden.

Die Linke und das Zentrum waren sich in der Einschätzung, daß der Krieg eine Konsequenz imperialistischer Widersprüche war, ziemlich einig. Was jedoch die Zukunft der Internationale betraf - ob die alte Internationale restauriert oder eine neue gegründet werden sollte -, waren sie ebenso verschiedener Meinung wie hinsichtlich der Möglichkeit, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Das Zentrum trat für den Frieden ein, lehnte jedoch, anders als die Linke, jede Aktivität ab, die darauf gerichtet wäre, soziale Erhebungen zu fördern. Im Unterschied zur Linken und zum Zentrum unterstützte die Rechte den von ihrer nationalen Bourgeoisie geführten Krieg und rückte deren Interessen vor die Prinzipien der Internationale. Sie stellte den Krieg als „Verteidigung der Heimat“ dar und rief zu Frieden im Innern und zur Schaffung einer „vereinten nationalen Front“ auf.

Nach Kriegsbeginn fand unter den Sozialisten eine doppelte Differenzierung statt. Sie teilten sich ideologisch in die Rechte, das Zentrum und die Linke, während sie sich politisch entsprechend dem Status ihrer Länder gruppierten (Entente cordiale, Mittel-

21 „Der Weltkrieg spaltet die Sozialisten in verschiedene Lager und vorwiegend in verschiedene nationale Lager. Die Internationale ist unfähig, das zu verhindern. Das heißt, sie ist kein wirksames Werkzeug im Kriege, sie ist im wesentlichen ein Friedensinstrument.“ Die „großen historischen Aufgaben“ der Internationale sind der „Kampf für Frieden, Klassenkampf im Frieden.“ Karl Kautsky: Die Internationalität und der Krieg, Berlin 1915, S.39.

22 Siehe Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationale, S.31.

mächte und Neutrale). All das zeigte, wie sehr man die Stärke und die Einheit der sozialistischen Bewegung überschätzt hatte.

Zwischen 1915 und 1917 beschleunigte die Zimmerwalder Bewegung²³ den Differenzierungsprozeß in der internationalen Arbeiterbewegung in wesentlichem Maße. Dieser Prozeß war auf der einen Seite durch die allmähliche Schwächung der Position der rechtssozialistischen Chauvinisten gekennzeichnet, auf der anderen durch die Stärkung des Zentrums und der Zimmerwalder Linken. Im Verlauf des Krieges nahm die Bewegung der sozialistischen Pazifisten, die anfangs die Zimmerwalder Bewegung beeinflusst hatte, verstärkt revolutionäre Konnotationen an. Lenins Politik, die auf die Vereinigung verschiedener linker Gruppen mit heterogener Herkunft und Zusammensetzung, solche wie die Sozialdemokratische Opposition, zielte, hatte nur partiellen Erfolg. Die Bolschewiki, die über die russischen Grenzen hinausgingen, neue internationale Verbindungen herstellten und ihre internationalistische Doktrin klärten, um jene sozialistischen Gruppen, die entschieden gegen den Krieg waren, um sich zu vereinigen, blieben dennoch international isoliert.

Die Unterschiede zwischen der Situation in Rußland und in entwickelten westlichen Ländern führten zu widersprüchlichen Reaktionen. Der Bolschewismus wurde immer noch mit Extremismus und Sektierertum in Verbindung gebracht. Das geschah um so mehr, da die Bolschewiki aufgrund ideologischer und politischer Meinungsverschiedenheiten vom Hauptstrom der europäischen Linken getrennt waren. Dieser wurde damals hauptsächlich von den deutschen Spartakisten repräsentiert. Zu jenem Zeitpunkt konnte man sich wirklich nicht die Bolschewiki in der führenden Rolle des revolutionären Sozialismus vorstellen. Um diese allgemeine Meinung zu ändern, waren radikale und langfristige revolutionäre Aktionen erforderlich, die den Bolschewiki politische Glaubwürdigkeit gäben. Und diese Gelegenheit kam mit dem „Russischen Oktober“.²⁴

Die massive, in den meisten Fällen spontane Antikriegsbewegung, die von einer Welle ökonomischer Streiks ausgelöst wurde, stellte die sozialistischen und die Gewerkschaftsführungen zunehmend vor die Forderung, zum Krieg eine unzweideutige Haltung einzunehmen und die Möglichkeit seiner Umwandlung in einen Bürgerkrieg, mit anderen Worten, eine sozialistische Revolution zu erwägen. Zur Zeit des ersten Auftretens der Zimmerwalder Bewegung hätten die Führungen der sozialdemokratischen Parteien eine solche Forderung als bloße theoretische Frage oder ein Zeichen von Intoleranz einzelner Gruppen abtun können. Als diese jedoch von ihren eigenen proletarischen Massen aufgeworfen wurde, griffen sie sie auf, und zwar als eine

23 Siehe Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Bd. I-II, Den Haag/Paris 1967; Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 12. und 13. Jg., Leipzig 1926, 1928, Reprint Graz 1966; Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien 1964.

24 Siehe Avgust Lešnik: Der russische Oktober in den Augen der deutschen Sozialdemokratie, in: Theodor Bergmann (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution, Hamburg 1997, S.180-192.

Grundlage künftiger ideologischer und organisatorischer Differenzierung. Dieser Prozeß wurde durch die Oktoberrevolution vertieft und beschleunigt. Die Akzeptanz oder Ablehnung ihrer Ideologie und Praxis bedeutete Entscheidung für oder gegen die Revolution überhaupt. Diese Frage führte zur Neuordnung der Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung auf europäischer und globaler Ebene.²⁵

Die organisatorische Spaltung in der sozialdemokratischen Bewegung zwischen 1919 und 1923

Ein sich im Kontext der Zweiten Internationale vollziehender, langer Restrukturierungsprozeß in der europäischen Sozialdemokratie brachte die drei genannten Hauptfraktionen hervor: Rechte, Zentrum und Linke. Als der Erste Weltkrieg endete, spaltete sich die einst formal vereinte sozialdemokratische Bewegung in drei Organisationen: die Zweite (Berner) Internationale²⁶, die Dritte (Moskauer) Internationale und etwas später die zentristische Zweieinhalbte²⁷ (Wiener) Internationale. Wir wollen einen Blick auf ihre programmatischen Ziele werfen. Die Kommunistische Internationale (KI) stellte sich die Aufgabe, alle „gesunden“ Elemente der internationalen sozialistischen Bewegung zu vereinigen und revolutionäre marxistische Kerne zu formieren. Diese sollten in ihren jeweiligen Ländern die führende Rolle bei der Formierung sogenannter revolutionärer Kommandostellen übernehmen und die gegenseitige Ergänzung, Stärkung und Unterstützung zwischen der russischen und der internationalen Revolution sichern.²⁸ Diese ideologische Heterogenität sollte die KI in der ersten Periode von 1919 bis 1923 ständig begleiten, bis 1924 auf ihrem V. Kongreß ein neuer Kurs angenommen wurde. Es begann der Prozeß der Bolschewisierung (Stalinisierung)²⁹ der kommunistischen Weltpartei und ihrer Sektionen, der den Weg

25 Siehe Avgust Lešnik: Die Bewertung des 1. Weltkrieges und die Perspektive der Internationale, in: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg 1996, S.24-32.

26 Siehe Gerhard A. Ritter/Konrad von Zwehl (Hrsg.): Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte, Korrespondenzen, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980; Robert Sigel: Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918-1923. Darstellung, Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt a.M./New York 1986.

27 So nannte sie Karl Radek in seinem Beitrag „Theorie und Praxis der 2 1/2 Internationale“, Hamburg 1921.

28 Siehe Avgust Lešnik: Tretja internacionala - Kominterna, Ljubljana 1988, S.13.

29 Wenn man von der „Bolschewisierung“ der KI spricht, muß man die Inkonsistenz dieses Begriffs beachten. Einige Autoren haben in der Vergangenheit die Urheberschaft des Begriffs „Bolschewisierung“ der KI unkritisch Lenin zugeschrieben und nicht Stalin. Der erste, der so demagogisch verfuhr, war der Vorsitzende des EKKI, G. Sinowjew. Auf dem V. KI-Kongreß im Juli 1924 sagte er - um die Annahme des sogenannten „linken Kurses“, d.h. eine neue Periode in der Entwicklung der KI, ihre Stalinisierung zu fördern - unter Berufung auf den verstorbenen Lenin: „Bolschewisierung - das ist die Schaffung einer festgefügtigen, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat.“ (Komunistička internacionala, Bd. VI: Stenogrami i dokumenti 5. kongresa KI, Beograd 1982, S.437, dt: Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, o.O.u.J., [Reprint Mailand 1967], S.508).

für Stalins Hegemonisierung und Dogmatisierung der KI bereitete. Auf ihrem Gründungskongreß hatte die KI ihre Strategie und Taktik festgelegt. Sie rief das Weltproletariat zum Kampf für die Übernahme der politischen Macht in ihren Ländern auf. Dies wurde als der einzige Weg zur Zerstörung der politischen Macht der Bourgeoisie angesehen, deren Demokratie als bürgerliche Diktatur definiert wurde. Das neu eingeführte System der Sowjets sollte die Basis der proletarischen Demokratie werden, die den bürgerlichen Parlamentarismus und die Trennung von legislativer und exekutiver Gewalt abschaffen und die gewählten Körperschaften sowie die Organe der Verwaltung verbinden würde. Auf dem Feld der Ökonomie postulierte die KI die Expropriation der Bourgeoisie und den Übergang der Produktionsmittel in das gesellschaftliche Eigentum des proletarischen Staates. Sie erstrebte auch die Bekräftigung des Prinzips des proletarischen Internationalismus, die Koordinierung internationaler revolutionärer Aktivitäten und die Schaffung von Kontakten mit nationalen Befreiungsbewegungen in Kolonialländern.³⁰

Welche Positionen nahm die neue Internationale in bezug auf die sozialdemokratischen Parteien ein? Wenn man bedenkt, daß die KI der Spaltung des internationalen Sozialismus entsprungen war, und wenn man die Genesis der ideologischen Konfrontationen innerhalb der Zimmerwalder Bewegung berücksichtigt, so kann man die negative Haltung der KI verstehen, die in ihren offiziellen Dokumenten gegenüber den sozialdemokratischen Parteien als auch der im Februar 1919 zur Wiederherstellung der „Zweiten“ Internationale durchgeführten Berner Konferenz eingenommen wurde. In ihrer Resolution über die Position der KI zu sozialistischen Bewegungen und zur Berner Konferenz, die auf ihrem I. Kongreß angenommen wurde, distanzierte sich die KI von allen sozialistischen Bewegungen, die in bezug auf die Spaltung im internationalen Sozialismus keinerlei Enthusiasmus gezeigt hatten. Die Resolution lehnte nicht nur jegliche Kooperation mit der sogenannten Berner Internationale ab, in der die Reformisten der sozialdemokratischen Parteien vereint waren. Sie wandte sich auch gegen die Kooperation mit der zentristischen Fraktion, die sich während des Krieges als pazifistische Opposition gegen die offizielle Politik der sozialdemokratischen Mehrheit formiert hatte. Der Grund für eine derartig scharfe Wende nach links lag darin, daß die KI an eine unmittelbar bevorstehende proletarische Revolution in Europa glaubte, die alle sozialen und politischen Strukturen zerstören würde. Die KI betonte die Notwendigkeit, die bourgeoisen Institutionen zu „zerbrechen“, rief zu direkter Aktion und offenem Konflikt mit dem Staat auf, verweigerte jeglichen Kompromiß sowie jede Form parlamentarischer Tätigkeit oder aktiver Arbeit in

Gleichzeitig verschwie er Lenins ausdrückliche Warnung auf dem III. KI-Kongreß 1921: „Wenn der Kongreß gegen solche Fehler, gegen diese linken Dummheiten, nicht entschlossen die Offensive durchführt, dann ist die Bewegung zu Grunde gerichtet.“(Komunistička internacionala, Bd. III, S.304, dt. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921 [Reprint Mailand 1967], S.509).

30 Siehe Avgust Lešnik: Razcep v mednarodnem socializmu, 1914-1923, Koper/Capodistria 1994, S.200-210.

reformistischen Gewerkschaften. Sie forderte auch, daß Massenorganisationen, solche wie die Sowjets, das Modell proletarischer Verwaltung sein müßten. Jedoch ließen die Niederlage der Revolution in Deutschland und die mißglückten Versuche mit den „Sowjets“ in Ungarn und Bayern Lenin und Trotzki schon im zweiten Halbjahr 1919 erkennen, daß der revolutionäre Prozeß in Europa viel langsamer und weniger geradlinig verlaufen würde, als sie gehofft hatten. Das führte zu Diskussionen über solche Schlüsselfragen wie den Zweck des Kampfes innerhalb bourgeoiser staatlicher Institutionen, die Haltung zu traditionellen Organisationen der Klassenbewegung (sozialistische Partei und Gewerkschaften) und über eine revolutionäre Partei. In diesem Kontext sollte Lenins Distanz zur linken, auf utopischem Radikalismus basierenden Politik in seinen eigenen Reihen verstanden werden. Auf ihrem Zweiten Kongreß 1920 lehnte die KI die Kooperation mit den rechten sozialdemokratischen Parteien ab und erließ einundzwanzig Bedingungen für die Mitgliedschaft der zentristischen Parteien in der KI, womit sie eine sehr deutliche Trennlinie zwischen ihnen zog. Obwohl die KI, die Lenins Kritik des Linksradikalismus unterstützte, den Parlamentarismus und die Gewerkschaften als beschränkte Institutionen kritisierte, billigte sie sogenannte legale Formen des Handelns kommunistischer Parteien in Parlament und Gewerkschaften. So führte die KI eine neue Taktik ein, die zu der vorangegangenen teilweise in Widerspruch stand. Die Diskussionen auf dem Zweiten KI-Kongreß schlossen im großen und ganzen die erste Periode der Konfrontation zwischen Bolschewismus und linkem Kommunismus ab.³¹ Es war in der Tat eine Konfrontation zwischen revolutionärem Realismus und einer Fraktion, die die Realität oft ignorierte.

Während die Bolschewiki und die europäische Linke eine neue Internationale zu gründen bestrebt waren, arbeiteten die reformistischen sozialdemokratischen Parteien im Frieden an der Restauration der „Zweiten“ (Berner) Internationale. Diese Parteien waren durch die nationale Verteidigungspolitik im Krieg stark belastet und in der Folge dessen durch den Austritt der linken und zentristischen Gruppen geschwächt. Der ideologische Riß in der internationalen sozialistischen Bewegung war - wegen der ideologischen und strategischen Nichtübereinstimmung in fundamentalen Fragen der Zeit wie Krieg, Frieden, Revolution und Sozialismus - zu breit für eine „Versöhnung“ und Wiedervereinigung verschiedener sozialistischer Strömungen in einer Organisation. Rechte und Zentristen konzentrierten sich auf ihrer Konferenz in Bern im Februar 1919 auf eine Reihe „verhängnisvoller Hindernisse“ für die Wiedervereinigung der sozialistischen Bewegung. Die erste Frage betraf die Verantwortung für den Krieg. Aufgrund des Risses in der internationalen sozialistischen Bewegung herrschte bei großen sozialistischer Parteien der ehemaligen kriegführenden und der neutralen Länder das gemeinsame Interesse vor, sich in einer restaurierten Zweiten Internationale

31 Der Begriff „linker Kommunismus“ sollte eine aktive Formation in der Dritten Internationale bezeichnen, die zwischen Bolschewismus und Spartakismus auf der einen Seite und revolutionärem Tradeunionismus auf der anderen Seite stand. Es handelte sich jedoch nicht um eine Fraktion mit einer eigenen Organisation. Die hervorragendsten Denker des linken Kommunismus waren A. Pannekoek, H. Gorter und G. Lukács. Siehe Miloš Hajek: *Levi komunizem*, in: *Zgodovina marksizma*, Bd. III/1, S.345.

wiederzuvereinigen, und man erteilte der Internationale „allgemeine Absolution für ihre Kapitulation“ am Beginn des Ersten Weltkrieges.

Die zweite Frage war das Dilemma „Demokratie oder Diktatur“. Ernste Meinungsverschiedenheiten gab es hinsichtlich der Haltung zur bolschewistischen Revolution und zur Linksfraktion der ehemaligen Zweiten Internationale. Die Rechte bestand darauf, daß „Demokratie“ eine fundamentale Bedingung für die Errichtung und Bewahrung einer sozialistischen Gesellschaft sei. Sie lehnte diktatorische Methoden, die nur zum Bürgerkrieg führen und schließlich eine Gegendiktatur hervorrufen würden, als unannehmbar ab. Die Zentristen vermieden jedoch jegliche Verurteilung bolschewistischer Politik, da dies die künftige Vereinigung der Proletarier aller Länder verhindern würde. Sie bemühten sich auf der Konferenz in Luzern im August 1919 weiterhin um die Normalisierung der Beziehungen mit den russischen Bolschewiki. Sie ignorierten die auf dem ersten KI-Kongreß zum Ausdruck gebrachte negative Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und bewahrten die Idee, im Rahmen der Internationale eine Arbeitereinheitsfront zu schaffen, die auf dem Klassenkampf - ohne Kompromisse mit bürgerlichen Parteien - beruhen sollte. Die rechte Mehrheit lehnte die Initiativen und Positionen der zentristischen Minderheit ab und führte die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie an, die gegen jede Form der Diktatur war, einschließlich der von den Bolschewiki propagierten. Der Versuch, die Zweite Internationale zu restaurieren, scheiterte schließlich an den entgegengesetzten Positionen gegenüber dem bolschewistischen Rußland; und die zentristischen sozialdemokratischen Parteien drifteten ideologisch sogar mehr und mehr von der Berner Internationale fort.³²

Auf der Tagesordnung der Berner Internationale, die sich in Abwesenheit der Zentristen vom 31. Juli bis zum 5. August 1920 in Genf traf, stand neben anderen Punkten das Problem der Verschiedenheit der politischen Programme von Bolschewiki und Sozialdemokraten. Unterschiedliche Auffassungen zu diesem Problem hatten die Zweite und die Dritte Internationale nicht nur ideologisch und politisch gespalten, sie waren auch zur Quelle dauernder Meinungsverschiedenheiten geworden. Die Diskussion auf dem Kongreß wurde auf der Grundlage der „Resolution über das politische System des Sozialismus“³³ geführt, die von einer Kommission unter dem Vorsitz von S. Webb vorbereitet worden war. Die Resolution begann mit der Feststellung, daß, wie während des Krieges und der Friedensverhandlungen bewiesen worden sei, die Abschaffung des kapitalistischen Systems und der Kampf der Arbeiterklasse für die Übernahme der politischen Macht eine historische Notwendigkeit geworden wären. Die Resolution lehnte jedoch kategorisch die Anwendung von Gewalt in diesem Kampf ab und war somit anderer Auffassung als die bolschewistische

32 Siehe Lešnik, Razcep v mednarodnem socializmu, S.217-226.

33 Siehe Kongreß-Protokolle der Zweiten Internationale. Ergänzungsheft: Bericht vom zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. 31. Juli bis 5. August 1920, hrsg. vom Sekretariat der Sozialisten- und Arbeiterinternationale, Berlin/Bonn (1970), S.36-38.

Ideologie: „Die Hauptaufgabe der Arbeiterregierung wird es sein, sowohl die Demokratie wie den Sozialismus [...] anzuerkennen. [...] Er kann seine Aufgabe nicht in der Unterdrückung der Demokratie suchen; seine historische Aufgabe ist vielmehr, diese Demokratie zur völligen Entwicklung zu bringen. [...] Das Parlament vertritt alle Macht des Volkes.“³⁴ In der Diskussion begrüßten É. Vandervelde und P. Scheidemann die klare Unterscheidung zwischen dem Moskauer kommunistischen System und dem demokratischen System der Zweiten Internationale. J. H. Thomas berichtete, daß die englischen Arbeiter gegen Lenins Diktatur seien und mit Streik drohten, falls sie in ihrem Land eingeführt würde. T. Shaw aus der englischen Delegation, Mitglied der Labour Party und einer Studienkommission, die im April 1920 die Situation in Sowjetrußland untersucht hatte, verurteilte den Kommunismus als tyrannisches System, das von einer Handvoll Individuen exekutiert werde. Nur der Delegierte der Unabhängigen Labour Party (ILP), N. MacLean, stimmte gegen die Kongressresolution und die Verurteilung des Bolschewismus. Er erklärte, daß eine friedliche Revolution nur in Ländern mit einer starken Arbeiterorganisation durchführbar sei, wohingegen es in Rußland vor der Revolution keine Massenorganisation der Arbeiter gegeben habe. Seiner Meinung nach machte die Zweite Internationale einen Fehler, wenn sie den Bolschewismus verurteilte, statt ihm Hilfe anzubieten, was zu einer Rückkehr der Dritten Internationale in die alte Zweite führen würde.

Vom allgemeinen revolutionären Tumult in Europa ermutigt, schlugen die zentristischen sozialdemokratischen Parteien, die mit der Politik der Berner Internationale gegenüber dem bolschewistischen Rußland nicht übereinstimmten, individuelle Gespräche mit der Moskauer Internationale vor. Die aktuelle politische Situation jedoch - die KI befand sich in ihrem revolutionären Zenit - war für solche Initiativen nicht günstig. In Moskau herrschte die Meinung vor, daß die objektiven historischen Bedingungen für eine Revolution in Europa gegeben waren und der Ausdehnung der kommunistischen Bewegung nur zwei Hindernisse im Wege standen. Das erste war das „linke Sektierertum“, das nicht in Betracht zog, daß die Position der KI revolutionär genug war. Das zweite waren die „zentristischen Fraktionen“, die eine Doppelrolle spielten und nicht bereit waren, mit der Berner Internationale zu brechen, während sie sich andererseits um Mitgliedschaft in der KI bemühten. Das erklärt die Motive für die Aufstellung der einundzwanzig Bedingungen für die KI-Mitgliedschaft. Dieses Dokument stellte den einzelnen sozialistischen und Arbeiterparteien, insbesondere denen mit zentristischer Orientierung, die Forderung, unzweideutig ihre Haltung gegenüber der Oktoberrevolution und der KI zu erklären. Diese Differenzierung, provoziert im Interesse der Einigung der internationalen Arbeiterbewegung unter Moskauer Führung, erreichte ihr Ziel nur zum Teil. Daher verloren die Bedingungen, die die aktuelle politische Situation scharf reflektiert hatten, nach 1921 allmählich ihre ursprüngliche Bedeutung in der KI-Politik.

Die Zentristen beriefen als Antwort und Zeichen der Nichtübereinstimmung mit der

34 Ebenda, S.37.

Politik der Zweiten und der Dritten Internationale im Februar 1921 eine Konferenz nach Wien ein. Sie bezichtigten die Zweite Internationale der Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie, was in der Zeit proletarischer revolutionärer Manifestationen und des Erwachens der Kolonialvölker unerträglich sei. Der Dritten Internationale erwiderten sie, daß sie die einundzwanzig Bedingungen nicht akzeptieren könnten und daher ihre eigene Internationale gründen würden. In den Jahren 1920 und 1921 versuchten sowohl die Moskauer wie die Berner Internationale, die Zentristen zur Entscheidung und Ergebnisheit für die eine oder die andere Seite zu zwingen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Wiener Internationale war, nach den Worten F. Adlers, mit dem Ziel gegründet worden, das gesamte Weltproletariat in einer internationalen Organisation zu vereinen, da ja der Kongreß der Zweiten Internationale in Genf und der KI-Kongreß in Moskau nur ein Drittel des Weltproletariats repräsentierten. Als die Frage auftrat, wie man dies Ziel erreichen könne, stellte er fest, daß weder die Zweite noch die Dritte Internationale mit ihrer sich widersprechenden Politik eine Lösung dieser komplexen Frage böten. Befand sich die Zweite Internationale in der Defensive, war die Dritte in der Offensive. F. Adler sah die Lösung in einer gemeinsamen Konferenz mit der Moskauer Internationale³⁵, auf der eine Frage, die für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung entscheidend war, hätte beantwortet werden sollen, nämlich die nach der historischen Perspektive und wie diese wahrgenommen wird. Es ging darum, ob eine weltweite sozialistische Revolution in einer vorhersehbaren Zukunft überhaupt erwartet werden konnte, insbesondere da der Kapitalismus nach einer revolutionären Welle an der Macht geblieben war. Adler zitierte hier Lenin aus dem Jahr 1914, daß der Weltkrieg eine Ära der Weltrevolution eröffnen werde, da die objektiven Bedingungen gegeben seien und es nur von der Initiative revolutionärer Arbeiterparteien abhängt, ob sie in der Lage sind, die Revolution durchzuführen.³⁶ Aber, schlußfolgerte Adler, die revolutionären Symptome, die zur Zeit von Zimmerwald bestanden hatten, gab es auf der Wiener Konferenz nicht mehr. So lehnten die Parteien, die zum internationalen Zentrum³⁷ gehörten, sowohl die Ideologie der reformistischen Zweiten Internationale als auch die der revolutionären Dritten ab. Statt dessen entschieden sie sich für einen Mittelweg zwischen dem sozialdemokratischen Reformismus und der bolschewistischen Revolution.³⁸ Ihre ideologische Orientierung wurde durch die Repräsentanten des

35 Das Treffen fand im April 1922 in Berlin statt. Siehe Protokoll der Internationalen Konferenz der drei Internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Wien 1922.

36 Siehe Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, S.24-32.

37 O. Bauer meinte, daß einigen Genossen das Wort „Zentrum“ peinlich sei und gestand seine „Schuld“, der erste gewesen zu sein, der diesen Begriff benutzte. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wäre er überzeugt gewesen, daß allein der Weg des Zentrums in unserer Partei zur Einheit führe. Siehe Protokoll des Parteitages der SDAP, (Wien 1920), S.240.

38 F. Adler erklärte den Wandel von zwei entgegengesetzten Fronten, Reformismus und Kommunismus, dadurch, daß die Zweite Internationale zunehmend die Form einer Internationale sozialer Reformen annehme, während in allen Resolutionen und Thesen der Dritten Internationale deutlich werde, daß sie

Austromarxismus definiert, die in der Situation des Friedens eine Möglichkeit sahen, eine sozialistische Gesellschaft im Kontext eines reformierten Kapitalismus zu erreichen. Anders als die Rechten akzeptierten die Austromarxisten die Anwendung revolutionärer Methoden zur Errichtung der proletarischen Diktatur, wenngleich sie in der Praxis die Übernahme der Macht durch eine parlamentarische Mehrheit vorzogen. Sie erklärten, demokratische Mittel im Kampf um die Macht anzuwenden, im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie jedoch zur Diktatur des Proletariats bereit zu sein.³⁹

Während die Berner und die Wiener Internationale im Parlament um die Macht kämpften und in der Umgebung eines sich erholenden Kapitalismus ihre Reihen mit Arbeitern aus den entwickelten Ländern Europas und Amerikas auffüllten, setzte die Moskauer Internationale ihre Versuche fort, den Kapitalismus durch die Revolution zu stürzen. Bis zu ihrem dritten Kongreß glaubte die Führung der KI, mit ihren einundzwanzig Bedingungen eine Spaltung durchsetzen zu können. Nach Moskauer Auffassung war eine solche Spaltung notwendig, wenn eine sozialistische Revolution Erfolg haben sollte. Aber die Wünsche stießen in den meisten europäischen Ländern mit der Realität zusammen, auch in jenen mit der tiefsten revolutionären Krise. Der Bruch mit dem Reformismus entfremdete die proletarischen Massen von den Kommunisten, und zwar in den meisten Fällen und insbesondere in den Gewerkschaften. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Mitgliederzahlen der nationalen kommunistischen Parteien zurück, und sie wurden Minderheiten („sektiererische“ Gruppen), ohne wesentlichen Einfluß auf die proletarische Politik und die Gewerkschaften. Trotz der Warnungen von Lenin und Trotzki, daß ein langer revolutionärer Prozeß bevorstünde, gelang es der KI nicht, angemessen auf die veränderten Bedingungen zu reagieren. Auf ihrem III. Kongreß 1921 verweigerte sie jegliche Kooperation mit sozialdemokratischen Parteien und deren Gewerkschaften, womit sie den Weg zur Politik der „Einheitsfront“ versperrte.

Die von der Wiener Internationale vorgeschlagene Strategie der Arbeitereinheitsfront sollte eine Politik der proletarischen Verteidigung gegen die sich immer mehr verstärkenden Offensiven der Kapitalisten und der bourgeoisen Staaten sein. Die KI mußte der Realität einer revolutionären Ebbe ins Auge sehen; sie akzeptierte die Idee einer Einheitsfront und stimmte der Teilnahme an einer gemeinsamen Konferenz der drei Internationalen in Berlin 1922 zu.⁴⁰ Die Konferenz war nutzlos, denn jede Seite versuchte, im Rahmen einer gemeinsamen Politik Gewinn für die eigenen Interessen herauszuschlagen. Die Einheitsfrontstrategie wurde als eine Gelegenheit angesehen, die eigene Ideologie zu propagieren und in der gesamten Arbeiterbewegung durchzusetzen. Die Wiederzusammenführung der gespaltenen Bewegung scheiterte, was die

eine Internationale der sozialen Revolution zu werden beabsichtige. Siehe Protokoll des Parteitages der SDAP 1921, (Wien 1921), S.198.

39 Siehe Otto Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie?. § 14 Diktatur und Demokratie, (Wien 1920), S.109-116.

40 Siehe Werner Kowalski: Die Berliner Dreiekskonferenz 1922, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Halle, 1978, H. 2, S.19-29.

ideologische Annäherung der Wiener an die Zweite Internationale förderte.⁴¹

Im Jahr 1923 wurden die letzten entscheidenden Schritte gemacht. Die Niederlage des „Deutschen Oktober“ machten die Hoffnungen der KI und Moskaus auf eine nahe bevorstehende Revolution in Europa zunichte. Der Versuch, eine Einheitsfront zu schaffen, mißlang. (Diese Idee wurde in Deutschland, nachdem Hitler legal an die Macht gekommen war, wiederbelebt.) Nach der Vereinigung der Berner und der Wiener Internationale schlossen die Sozialdemokraten ihre Reihen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Damit wurde der Prozeß beendet, der die Sozialisten in zwei Hauptlagern - dem kommunistischen und dem sozialdemokratischen - gruppierte. Die Polarisation war zwischen den beiden Weltkriegen allumfassend, außer diesen zwei Lagern gab es keine wesentlichen Arbeiterorganisationen oder -bewegungen.

Damit wurde die nächste Stufe der Entwicklung der internationalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung eingeleitet. Die Periode zwischen 1924 und 1939 war ganz anders und stand zeitweilig sogar im Widerspruch zu der vorangegangenen von 1919 bis 1923, die im vorliegenden Artikel behandelt wurde. Dieser Widerspruch ist in der Entwicklung der KI im spezifischen Rahmen der Sowjetunion zu sehen, in allen Dimensionen der stalinistischen Theorie und Praxis und deren direktem Einfluß auf die Strategie der KI.⁴² Das ist der Grund dafür, daß die Schlußfolgerungen für die Periode 1914 bis 1923 nicht generalisiert und auf die gesamte Periode der Tätigkeit der KI zwischen den beiden Kriegen ausgedehnt werden können.

Abschluß

Die vorliegende Analyse bestätigt, daß der organisatorische Riß im internationalen Sozialismus, der sich in den Jahren zwischen 1919 und 1923 ereignete, durch drei widersprüchliche und unversöhnliche Ideologien und Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung verursacht wurde, deren jede um die Gunst der Arbeiterklasse und die Macht über sie kämpfte. Zusammenfassend: 1. Die Rechte bestand auf der Reform des Kapitalismus mit den Mitteln des parlamentarischen Kampfes. 2. Die Linke glaubte, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nur durch die Revolution verändert werden könne und die bürgerliche Demokratie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden müsse. 3. Das Zentrum unterschied zwischen sozialer Demokratie, die nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sein werde, und politischer Demokratie, die immer eine Form der Klassenherrschaft einschloß - die Diktatur, sei es die bürgerliche oder die proletarische.

Aus historischer Sicht ist festzustellen, daß das Dilemma von Reform oder Revolution bestehen bleibt. Es gibt jedoch keinen Zweifel, daß die Geschichte Rosa Luxemburgs

41 Siehe Avgust Lešnik: Die Wiener Internationale (1921-1923) als Anregerin einer Politik der Einheitsfront der organisierten Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, S.88-105.

42 Siehe Theodor Bergmann: Von der Bolschewisierung der Komintern zur Zerstörung der kommunistischen Weltbewegung, in: Lešnik (Hrsg.), The Crisis of Social Ideas, S.185-198.

Feststellung bestätigt hat: „Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt [...] ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“⁴³ Das ist der Schlüssel zu dem großen historischen Dilemma von „reformiertem Kapitalismus oder sozialistischer Ordnung“. Ohnehin kann man nicht von Sozialismus sprechen, wenn er nicht in der Lage ist, mit der Demokratie zu koexistieren, vorausgesetzt, Demokratie ist eine Art politischer Ordnung und nicht ein Gesellschaftstyp.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Evelin Buddrus.

43 Luxemburg, Sozialreform, S.50.

Lilo Tulatz

SPÄT im Jahr. Ein Lebensbuch.

*Begleitet von meinem Sohn konnte ich sie
doch noch antreten, meine Reise in die Vergangenheit.
Wir fuhren nach Dresden:
in die Stadt, in der ich die Kinder- und Jugendjahre
bei meinen Eltern, zwölf Jahre Faschismus und
- nach der grauenvollen Zerstörung Dresdens -
trotz allem mit neuer Hoffnung und sehr aktiv
den Neuanfang erlebte...
Eine gedankliche Zeitreise
durch mein Zwanzigstes Jahrhundert.*

Eine Frau im 20. Jahrhundert.
Zwischen Jugendweihe und Engagement in der
Arbeitersportbewegung,
späterer Verhaftung und Zweitem Weltkrieg.
Eine große Liebe und der Kampf gegen den § 218.
Ein Leben in der DDR und nach der „Wende“ ...



ISBN: 3-929390-71-X

120 Seiten mit historischen Fotografien.

Bestellbar über den Verlag: info@bodonimuseum.com

Oder: edition bodoni · linienstraße 71 · 10119 Berlin · Tel.: 030-2 82 51 37